

## **Perspektiven einer europäischen Friedenspolitik**

---

Dr. Hans Günter Brauch, geboren 1947 in Mosbach, studierte Politische Wissenschaften, Geschichte, Anglistik und Völkerrecht an den Universitäten Heidelberg und London und war 1978 als Mitglied an den Forschungszentren für Rüstungskontrollfragen der amerikanischen Universitäten Harvard und Stanford tätig. Seit Juni 1983 arbeitet er als Friedensforscher am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart.

Europäisierung - (k)ein Allheilmittel für die doppelte Krise der NATO und der Europäischen Gemeinschaft?

Das Athener Fiasko und der Brüsseler Katzenjammer vom März 1984 haben es überdeutlich werden lassen: Die Europäische Gemeinschaft steckt in ihrer bisher schwersten politischen Bewährungsprobe. Wird sich Westeuropa aus kleinkariertem Krämergeist von der weltpolitischen Bühne abmelden? Hat die Europäisierung der Sicherheitspolitik angesichts der ungelösten Strukturprobleme der Europäischen Gemeinschaft überhaupt eine Chance?

Die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses hat seit 1980 ein neues „Europabewußtsein von unten“ entstehen lassen, geboren aus dem Gefühl der Ohnmacht, der Betroffenheit und aus der Angst, als Objekt der widerstrebenden Interessen der beiden Supermächte zum möglichen nuklearen Schlachtfeld des System- und Machtkonflikts zu werden. Die Hoffnung nach einer europäischen Friedenspolitik jenseits der Abschreckung, nach einer neuen Phase der Entspannung besteht auch nach dem Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses weiter. Bisher haben die Hoffnungen und Ängste von Millionen Europäern, die gegen die Stationierung immer neuer Massenvernichtungswaffen auf europäischem Boden protestierten, in der offiziellen Politik der europäischen Staaten nur ansatzweise Berücksichtigung gefunden: Eine Stationierung neuer nuklearer Kurzstreckensysteme erscheint aber in naher Zukunft kaum innenpolitisch durchführbar zu sein.

Mit dem Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses wurde zwar ein tiefgreifendes transatlantisches Zerwürfnis vermieden, die tief erliegenden transatlantischen Einschätzungsunterschiede über die zukünftige Sicherheitspolitik der NATO wurde dadurch keineswegs gelöst. Die Reagan-Administration ist

gestärkt aus der Raketendebatte hervorgegangen. Mit dem Beginn der Raketenstationierung ist der Einfluß der Bundesregierung auf die amerikanische Sicherheitspolitik eher zurückgegangen.

Die amerikanischen Warnungen über die unzureichenden sicherheitspolitischen Anstrengungen der Westeuropäer sind geblieben. Die Warnungen von Lawrence Eagleburger, die amerikanische Außenpolitik könne sich von Europa ab- und stärker dem Pazifik zuwenden und die Vorschläge von Henry Kissinger für eine grundlegende Reform der NATO durch eine stärkere Europäisierung haben in den westeuropäischen Hauptstädten für Unruhe und Verwirrung gesorgt.

Die Forderung nach einer stärkeren Europäisierung der Sicherheitspolitik scheint gegenwärtig der kleinste rhetorische gemeinsame Nenner zu sein, der europäische und amerikanische Politiker und Publizisten sowie Vertreter der Friedensbewegung zu verbinden scheint. Hinter dem Allheilmittel der *Europäisierung* der europäischen Sicherheitspolitik verbergen sich unterschiedliche politische Motive und längerfristige Zielvorstellungen über die Rolle Westeuropas in der Weltpolitik, über die Rolle der Kernwaffen und unterschiedliche Konzepte einer stärkeren Konventionalisierung der Streitkräfte der NATO-Staaten. Kann das Zaubermittel Europäisierung die tiefgreifenden transatlantischen Einschätzungsunterschiede überwinden? Kann es eine neue Brücke für einen Kompromiß bieten? Was verstehen die Befürworter einer Europäisierung unter dieser Alternative?

#### Amerikanische Frustrationen und Vorschläge einer Europäisierung der Sicherheitspolitik

Mit der Forderung nach einer „Europäisierung“ verbinden die Westeuropäer und die amerikanischen Befürworter unterschiedliche politische Interessen; aber auch die Europäisierungskonzepte der Konservativen und der Linken auf beiden Seiten des Atlantik sind durchaus widersprüchlich: Gemeinsam ist allen Europäisierungsforderungen die Einsicht, daß die NATO an einer Wegmarke angelangt ist, die eine Reform an Haupt und Gliedern immer notwendiger erscheinen läßt. Während sich die Europäer aus Frustration über die beschränkte Beständigkeit und Berechenbarkeit der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik einen stärkeren Einfluß innerhalb der NATO und damit auch auf die amerikanische Politik erhoffen, ist die amerikanische Europäisierungserwartung aus der Unzufriedenheit mit dem europäischen Verteidigungsbeitrag erwachsen. Europäisierung bedeutet für viele amerikanische Sicherheitsexperten: eine verstärkte konventionelle Aufrüstung in Westeuropa, eine Reduzierung der Zahl der in Westeuropa stationierten Truppen und eine stär-

kere militärische Beteiligung bei der Eindämmung möglicher Krisen außerhalb des NATO-Gebietes.

Am 31. Januar 1984 machte der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium Lawrence Eagleburger, die Westeuropäer unmißverständlich darauf aufmerksam, daß Westeuropa mehr und mehr mit den eigenen Problemen beschäftigt sei und sich in Fragen internationaler Sicherheitsinteressen immer weniger auf der gleichen Wellenlänge wie die USA bewege. Als Folge dieser europäischen Innenorientierung, prophezeite Eagleburger, werde sich der Schwerpunkt der amerikanischen Außenpolitik vom transatlantischen Verhältnis in Richtung Pazifik und vor allem Japan verschieben. Für die wachsenden Interessenunterschiede und Reibereien innerhalb der NATO machte Eagleburger die unterschiedliche Einschätzung der Politik der Entspannung verantwortlich: Während diese Politik in Europa in den siebziger Jahren bis zu einem gewissen Grad funktioniert habe, sei die Detente für die USA ein Fehlschlag gewesen, wie sich in dem sowjetischen Verhalten in Afghanistan, in Polen und in Mittelamerika gezeigt habe. Für die Bewahrung des Friedens bis zum Ende des Jahrhunderts hält Eagleburger die transatlantische Zusammenarbeit zwar für unerläßlich, sie könne aber die stärkere pazifische Ausrichtung der amerikanischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik nicht aufhalten.

Am 7. März 1984 warnte der für politische Fragen im US-Außenministerium zuständige Eagleburger die Europäer erneut davor, daß sich aus den Meinungsverschiedenheiten im transatlantischen Verhältnis bei mangelnder Rücksicht ein gefährliches Gebräu entwickeln könne, welches die Fundamente des atlantischen Bündnisses unterspüle. „Ich fürchte“, warnte Eagleburger die Westeuropäer, „wenn diese Entwicklung nicht gebremst wird, zu der auch die wachsende Beschäftigung mit unseren Angelegenheiten in anderen Teilen der Welt kommt, wie in Mittelamerika, im Stillen Ozean und im Nahen Osten, dann könnte im Laufe der Zeit die Bedeutung des transatlantischen Bündnisses sinken.“

„Die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten in der NATO sind beispiellos und erschütternd“, schrieb Henry Kissinger am 5. März 1984 in einem Beitrag für das amerikanische Nachrichtenmagazin Time. „Sie schaffen eine sehr gefährliche Situation.“ Vor allem vier Probleme macht Kissinger hierfür verantwortlich: das Fehlen einer vereinbarten, glaubwürdigen Strategie; unterschiedliche Einschätzungen über die Mittelstreckenwaffen und die Rüstungskontrolle; den Disput über die Ost-West-Beziehungen und schließlich das Verhältnis Westeuropas zur Dritten Welt. „Dieser Zustand hat tiefere Ursachen als bloß die Uneinigkeit in bestimmten politischen Fragen. Die

gegenwärtige NATO-Struktur funktioniert nicht - weder bei der Definition der Bedrohung noch bei der Festlegung der Methoden, ihr zu begegnen. Die derzeitigen Regelungen sind unausgewogen." Für die grundlegenden Meinungsunterschiede machte Kissinger u. a. die Vorherrschaft der Innenpolitik in Westeuropa und in den USA über die weltweite politische Strategie verantwortlich. „Sollten sich die gegenwärtigen Tendenzen fortsetzen, so wäre die Demoralisierung des westlichen Bündnisses eine unausweichliche Folge. Ein bewußter staatsmännischer Akt tut not, um der Einheit des Westens neue Bedeutung und der NATO neue Vitalität zu geben." Nach Kissingers Ansicht sollte ein solches Vorhaben aus drei Komponenten bestehen: a) einer bedeutungssameren Rolle Europas innerhalb der NATO, b) einer Reform der NATO-Organisation und c) einer Überprüfung der heutigen Truppenstationierung im nordatlantischen Bündnis. Kissingers Europäisierungsvorschläge sehen im einzelnen vor:

- „Bis 1990 sollte Europa die Hauptverantwortung für die konventionelle Verteidigung zu Lande übernommen haben."
- Der Oberbefehlshaber der NATO in Europa (SACEUR) sollte künftig ein europäischer General, der NATO-Generalsekretär dagegen ein Amerikaner sein.
- „Europa sollte jene Rüstungskontrollverhandlungen übernehmen, die sich mit den auf europäischem Boden stationierten Waffen beschäftigen." Die Wiener MB FR und die Genfer INF-Gespräche „sollten so schnell wie möglich europäisiert'werden."

Eine Gruppe angesehenen Politiker und Experten könnte bei einer Überprüfung der NATO-Doktrin und der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa möglicherweise zu dem Ergebnis gelangen, daß die strategischen Interessen des Westens eine vollkonventionelle Verteidigung des Kontinents verlangten. Wenn Europa hierzu nicht bereit sein sollte und die Kernwaffen die letzte Abschreckung gegen einen konventionellen Angriff bleiben sollten, „dann wäre der allmähliche Abzug eines erheblichen Teils - vielleicht bis zur Hälfte - unserer gegenwärtigen Landstreitkräfte nur logisch. Um Zeit zu schaffen, für die notwendigen Anpassungen, könnte sich dieser Abzug über fünf Jahre erstrecken."

Während Helmut Schmidt Kissingers Analyse und seine Forderung nach einer gemeinsam erarbeiteten westlichen Gesamtstrategie begrüßte, sehen Alois Mertes und Egon Bahr, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, derzeit keine europäische Alternative zur Atlantischen Allianz. Bahr stimmte Kissingers Forderung nach einer gemeinsamen Überprüfung der transatlantischen Beziehungen zu, während Mertes die Therapievorschläge Kissingers für falsch hält.

## Europäische Forderungen nach einer Europäisierung der Sicherheitspolitik

Seit Anfang der achtziger Jahre häuften sich auch in Westeuropa die Vorschläge für eine Europäisierung der europäischen Sicherheitspolitik. Im Jahre 1981 konstatierte Peter Bender ein „Ende des ideologischen Zeitalters“ und leitete daraus die Forderung nach „einer Europäisierung der europäischen Fragen“ ab. Im selben Jahr forderte der französische sozialistische Premierminister Maurois ein „europäisches Entscheidungszentrum“ in sicherheitspolitischen Fragen und Außenminister Genscher suchte bei den europäischen Partnern Unterstützung für seinen Plan, die EG-Staaten sollten sich im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) verstärkt mit den politischen Aspekten der Sicherheitspolitik beschäftigen.

Aber erst nach dem Vollzug der Raketenstationierung haben die Regierungsparteien und die SPD-Opposition im Bundestag Anfang 1984 zum Auftakt der Europawahlen die europäische Dimension der europäischen Sicherheitspolitik neu entdeckt. In einem Diskussionspapier forderte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke eine stärkere „Selbstbehauptung Europas“, während der sicherheitspolitische Sprecher der Fraktion der EVP (Christdemokraten) im Europäischen Parlament, Brigadegeneral a. D. Wolfgang Schall, im Januarheft 1984 der „Europäischen Wehrkunde“ konkrete Forderungen für eine europäische Sicherheitspolitik vorlegte. Sowohl die Diagnose als auch die Therapie von Ehmke und Schall weisen jedoch kaum Gemeinsamkeiten auf: Während Ehmke vor allem die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NATO und vor allem die Stellung Westeuropas zu den USA thematisiert, geht Schall von einer Analyse der sowjetischen Gefahr aus.

Ehmke wirft der Reagan-Administration u. a. eine Politik der Stärke und der psychologischen Kriegsführung vor, welche die europäischen Interessen an einer Zusammenarbeit mit Osteuropa gefährde. In Übereinstimmung mit Kissinger schlägt Ehmke vor, das Gewicht Europas in der Atlantischen Allianz zu erhöhen: „Europa muß mehr Verantwortung für die Verteidigung der Zentralfront übernehmen. Amerika muß die Europäer im Bündnis als wirklich gleichberechtigte Partner akzeptieren und der Versuchung widerstehen, Europa zu einem Instrument seiner Weltmachtspolitik machen zu wollen.“ Im einzelnen verlangt Ehmke eine neue Arbeitsteilung im Bündnis und die Bestimmung eines „institutionellen Rahmens“ für die Erörterung europäischer Sicherheitsfragen. In einer engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit sieht Ehmke die entscheidende Voraussetzung für eine allmähliche Umstellung der mitteleuropäischen Verteidigung auf konventionelle Kräfte. Die Strategie der flexiblen Reaktion sei zu einer Stärkung der konventionellen Kräfte verbunden mit verstärkten Rüstungskontrollbemühungen im Geiste des Harmel-Berichts weiterzuentwickeln. Im Rahmen der Weiterentwicklung von einer Strategie

der Abschreckung zu einer Strategie der Sicherheitspartnerschaft spricht sich Ehmke für einen Abbau der nuklearen Gefechtsfeldwaffen in Europa und für die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone aus. Der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ging Mitte März 1984 auf dem SPD-Landesparteitag in West-Berlin noch einen Schritt weiter, als er ein rein konventionelles, defensives Rüstungskonzept vorschlug und eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der Armeen der NATO bei zweifelsfreier Verteidigungsfähigkeit“ forderte.

Ausgehend von einer Analyse der unterschiedlichen politischen Interessen Westeuropas und der Vereinigten Staaten, hält der ehemalige Berliner Oberbürgermeister Dietrich Stobbe „eine erneute Anstrengung der Europäer im Bündnis für unverzichtbar, um die Amerikaner zu einem neuen Ansatz der Supermächte-Kooperation zu bringen ... Ein selbstbewußtes Europa muß und kann bessere Argumente ins Feld führen, um sich einen starken Einfluß auf die Neudefinition der politischen Strategie des Bündnisses zu erkämpfen. Es bietet sich an, daß sie ihre relativ breite gemeinsame Basis in der Dritten-Welt-Politik kraftvoll ausbauen. Dieses diene den Interessen der Dritten Welt, könnte direkt aber auch zu einer positiven Rückwirkung auf das Ost-West-Verhältnis führen.“ In einem Spiegel-Essay über „atomare Klassenunterschiede“ blieb Egon Bahr gegenüber den Europäisierungskonzepten eher skeptisch: „Solange jedenfalls Paris und London die nukleare Solidarität verweigern, ist schwerlich zu sehen, wie Rolle und Gewicht Europas für seine Sicherheit wachsen sollen, was sicher erwünscht ist.“

Ganz andere Europäisierungsüberlegungen trägt dagegen General a. D. Schall vor: Er fordert u. a. 1. eine Verbesserung der außen- und wirtschaftspolitischen Abstimmung der Europäischen Gemeinschaft mit den USA, um übereinstimmendes Handeln im Rahmen der Strategie zur globalen Eindämmung der Machtausweitung der Sowjetunion sicherzustellen. „Dies verlangt letztlich Ausbau und Weiterentwicklung der EPZ zu einer außenpolitischen, außenwirtschaftspolitischen und entwicklungspolitischen Entscheidungsinstanz.“ 2. „Beteiligung von Streitkräften der europäischen Partnerstaaten in den sicherheitspolitisch relevanten Bereichen des Vorderen Orients (Persischer Golf und Indischer Ozean) und Afrikas im nötigen Umfang. Dies betrifft ausschließlich See- und Luftstreitkräfte sowie mobile Eingreiftruppen .... Ideal wäre der Abschluß eines zweiten Verteidigungsvertrages einer „Südatlantischen Vertrags-Organisation“ (SEATO) in Ergänzung zur NATO.“ 3. Eine Erhöhung der konventionellen NATO-Kontingente der europäischen Partnerstaaten hielt Schall für unerlässlich. „Um dieses Mehr national gerecht, sinnvoll und die NATO stärkend zu erreichen, ist die Bildung einer Europäischen Verteidigungsinstanz mit koordinierender und exekutiver Vollmacht erforderlich. Auch hier wäre letztlich im Rahmen einer Europäischen Union eine Europäi-

sehe Verteidigungsgemeinschaft anzustreben. Pragmatisches, stufenweises Vorgehen unter Einbeziehung der Westeuropäischen Union (WEU) sind Voraussetzungen in der politischen Kunst des Möglichen auf dem Weg dorthin. Ein gemeinsamer westeuropäischer Pfeiler innerhalb der NATO muß zu deren Stärkung beitragen." Ergänzend hierzu schlägt Schall die Fortsetzung der Rüstungskontrollverhandlungen und eine Stärkung des „Selbstbehauptungswillens unserer freiheitlichen Lebensordnung."

Alfred Dregger, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erblickt ein Haupthindernis für eine stärkere europäisch akzentuierte Sicherheitspolitik in der Distanzierung Frankreichs von der NATO und in der mangelnden Bereitschaft der beiden europäischen Nuklearmächte mit all ihren Waffen für jeden anderen europäischen Verbündeten einzutreten. Alfred Dregger schließt seinen Beitrag in „Die Zeit" vom 23. März 1984 mit der Bemerkung: „Bei der Verteidigungsplanung Europas spielen die europäischen Verbündeten zur Zeit eine Rolle, die weder ihren Möglichkeiten noch ihrem eigenen Interesse voll gerecht wird. Je mehr die Europäer sich für sich selbst verantwortlich fühlen, je mehr vor allem Frankreich und Deutschland zu einer gemeinsamen Verteidigungskonzeption finden, desto mehr kann Europa sich von Minderwertigkeitskomplexen befreien, die nicht wenige Europäer gegenüber den in der NATO dominierenden Amerikanern empfinden."

Die transatlantischen Frustrationen von Eagleburger und Ehmke und die Europäisierungsvorschläge von Kissinger, Ehmke, Stobbe, Schall und Dregger sind nur ein kleiner Ausschnitt einer beginnenden sicherheitspolitischen Grundsatzdiskussion über die zukünftige Rolle der NATO und die weltpolitische Bedeutung der Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Für Herbst 1984 ist das erste Treffen von sieben europäischen NATO-Verteidigungsministern aus Frankreich, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg geplant, bei dem neben der Rüstungspolitik auch die Strategiediskussion im Mittelpunkt stehen soll. Um den Weg für eine Wiederbelebung der WEU zu ebnen, schlug Frankreich Anfang 1984 in einem Memorandum die Eliminierung der Diskriminierungen der Bundesrepublik im WEU-Vertrag vor. Bei der Jubiläumstagung aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Westeuropäischen Union wird sich zeigen, ob das, wenn auch mit unterschiedlicher Zielsetzung, von CDU/CSU, FDP und SPD gemeinsam angestrebte Gleis westeuropäischer Sicherheitspolitik den unterschiedlichen Grundhaltungen und nationalen Interessen der sieben WEU-Mitgliedstaaten standhalten wird.

Der Widerstand der unabhängigen europäischen Friedensbewegung gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in Westeuropa und die

tiefreichenden konzeptionellen Interessenunterschiede zwischen den meisten europäischen Regierungen und der Reagan-Administration hat eine längerfristige orientierte friedenspolitische Diskussion ausgelöst, die sich an dem Ziel einer Europäischen Friedensordnung orientiert.

Zwischen der Europäischen Gemeinschaft, die sich in den letzten drei Jahrzehnten zu einer Sicherheitsgemeinschaft und zu einer kleineuropäischen Friedensordnung entwickelte, und der Friedenssehnsucht der neuen Bewegung der europäischen Völker gegen Massenvernichtungswaffen besteht noch immer eine breite Kluft. Bisher hat das Europäische Parlament die einmalige Chance nicht hinreichend genutzt, die Sorgen der europäischen Friedensbewegung aufzugreifen und selbst zu einem Forum auf der Suche nach einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung zu werden.

### Die Europäische Gemeinschaft als kleineuropäische Friedensordnung

Die Europäische Gemeinschaft entwickelte sich in den letzten drei Jahrzehnten zu einer Sicherheitsgemeinschaft von Staaten, zwischen denen Krieg als Mittel der Politik unvorstellbar geworden ist. Das EG-System hat schrittweise eine kleineuropäische Friedensordnung entstehen lassen. Auf regionaler Ebene entstand damit erstmals eine funktionierende supranationale Organisationsstruktur, die mit dem Luxemburger Bericht vom 27. Oktober 1970 durch eine informelle zwischenstaatliche Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) ergänzt wurde. Die supranationale EG und die zwischenstaatliche EPZ haben Verfahren und Strukturen geschaffen, welche die Beilegung von Konflikten untereinander erleichtern, die außenpolitische Zusammenarbeit fördern und Chancen für eine gesamteuropäische Sicherheitspartnerschaft und für eine Entwicklungspartnerschaft mit den Staaten der Dritten Welt eröffnen.

Die Schaffung einer kleineuropäischen Friedensordnung als Folge der deutschen Westintegration und die Einleitung eines gesamteuropäischen Dialogs über Sicherheit und Zusammenarbeit im Gefolge der deutschen Ostpolitik ließen Elemente der Stabilität und Ansätze zu einer blockübergreifenden Entspannung entstehen. Die Erfahrungen zweier Weltkriege und die Angst vor einer weiteren Expansion des sowjetischen Einflusses in Europa haben den Weg für supranationale Problemlösungsstrategien und für zwischenstaatliche Konsultationsprozesse geebnet. Nach den Römischen Verträgen verfügt die Europäische Gemeinschaft über keine Kompetenz in Fragen der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik. Die Auswärtigen Beziehungen der Gemeinschaft sind begrenzt auf die wirtschaftlichen Aspekte. Die Europäische Politische Zusammenarbeit hat sich in den letzten dreizehn Jahren ohne eine eigene EPZ-Bürokratie und ohne ein EPZ-Sekretariat zu einem in seiner Bedeutung

ständig wachsenden Instrument für die Erörterung und Abstimmung bei außen-, entwicklungs- und zunehmend auch rüstungskontroll- und sicherheitspolitischen Fragen der zehn Mitgliedsstaaten entwickelt.

Das erste große Erfolgserlebnis der EPZ war die Erarbeitung und Verteidigung gemeinsamer KSZE-Positionen bei der Vorbereitung der KSZE-Schlußakte und bei den beiden Nachfolgekonzferenzen in Belgrad (1977-1978) und in Madrid (1980-1983). Obwohl sicherheitspolitische Fragen auch in der EPZ offiziell ausgeklammert werden, hat sie sich aber zunehmend informell mit den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit beschäftigt.

- Im Rahmen der EPZ erfolgte die Abstimmung einer gemeinsamen Position der EG-Staaten in der KSZE. Von der EPZ wurde zunächst der französische Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz aufgegriffen und später in der NATO von den USA, wenn auch zunächst nur widerwillig, übernommen. Im Rahmen der KSZE-Konsultationen über Vertrauensbildende Maßnahmen waren bereits Soldaten der Bundeswehr beteiligt.
- Im Rahmen der EPZ werden die Positionen der Zehn bei den Abrüstungsdebatten und Aktivitäten der Vereinten Nationen koordiniert.
- Seit den Krisen um Afghanistan, Polen und während des Falklandkrieges hat sich die EPZ zunehmend mit dem Problem eines gemeinsamen Krisenmanagements beschäftigt.
- Als Ergebnis der Genscher-Colombo-Initiative wurde während der deutschen Präsidentschaft in der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 in Stuttgart als Teil der „notwendigen Stärkung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ u. a. „die Koordinierung der Positionen der Mitgliedsstaaten zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit“ beschlossen.

Daneben hat sich die Europäische Gemeinschaft im Rahmen der Industriepolitik mit den Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit der nationalen Rüstungsindustrien (Davignon-Greenwood-Bericht von 1980) beschäftigt und im Bereich der Entwicklungspolitik im Rahmen von Lome 2 und einigen interregionalen Kooperationen Ansätze zu einer Entwicklungspartnerschaft entwickelt.

Den supranationalen und den zwischenstaatlichen außenpolitischen friedens- und sicherheitspolitisch relevanten Aktivitäten der zehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft fehlt jedoch eine mittel- und längerfristige Perspektive, in der die neue europäische Friedensbewegung, innerhalb und außerhalb der zehn EG-Staaten, ihre Sorge über einen neuen nuklearen Rüstungswettlauf in Europa und ihre Angst vor einem Atomkrieg wiederfindet. Obwohl die Europäische Gemeinschaft und damit auch das Europäische

Parlament keine Rechtsbefugnis für den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik besitzen, haben sich der Politische Ausschuß und das Plenum des Europäischen Parlaments wiederholt mit industrie-, außen-, rüstungskontroll-, wirtschafts-, entwicklungs- und rohstoffpolitischen Aspekten der Sicherheit der zehn Mitgliedsstaaten beschäftigt. Der Politische Ausschuß hat mehrmals Anhörungen zu sicherheitspolitischen Fragen durchgeführt, z. B. im Juni 1980 zu Fragen der Vertrauensbildenden Maßnahmen und im Dezember 1981 mit Vertretern des Internationalen Instituts für Strategische Studien über Trends innerhalb des weltweiten Machtgleichgewichts und über die Lage bezüglich der nuklearen Gefechtsfeldwaffen in Europa. Zahlreiche Entschließungsanträge zu allen sicherheitspolitischen Fragen wurden seither im Europäischen Parlament eingebracht, die in mindestens drei Berichten des Politischen Ausschusses Eingang fanden:

- im *Diligent-Bericht* über die Überwachung und den Schutz der Seeverbindungen, die die Versorgung der Länder der Europäischen Gemeinschaft mit Energie und strategischem Material sicherstellen (vom 7.1. 1981);
- im *Haagerup-Bericht* über die Europäische Politische Zusammenarbeit und die Sicherheit Europas (vom 3. 12. 1982) und
- im *Fergusson-Bericht* über die Rüstungsbeschaffung im Rahmen einer gemeinsamen Industriepolitik und die Waffenverkäufe (vom 27. 6. 1983).

#### Die langfristige Perspektive einer europäischen Friedensordnung

Am 13. und 14. Dezember 1967 billigten die Minister des Nordatlantikrates einen Bericht des belgischen Außenministers Harmel über die zukünftigen Aufgaben der Allianz, der die Doppelfunktion der NATO umschrieb: „Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar. ... Der Weg zu Frieden und Stabilität in Europa beruht vor allem auf dem konstruktiven Einsatz der Allianz im Interesse der Entspannung.“ Die Entspannung sei nicht das Endziel, „sondern ein Teil eines langfristigen Prozesses zur Verbesserung der Beziehungen und zur Förderung einer Regelung der europäischen Fragen. Das höchste Ziel der Allianz ist es, eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa mit geeigneten Sicherheitsgarantien zu erreichen.“

An diesem Ziel einer „gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa“ gilt es auch heute — sechzehn Jahre nach dem Harmel-Bericht — dringlicher als je zuvor festzuhalten. Mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde ein Fundament für ein gesamteuropäisches System der Sicherheit, der Zusammenarbeit und des Friedens gelegt, das es bis zum Jahr 2000 schrittweise mit dem Ziel eines dauerhaften Systems der kollektiven Sicherheit zu verändern gilt, das die beiden Militärblöcke als Elemente der Stabilität und des Friedens allmählich ablöst.

Eine neue europäische Strategie mit dem langfristigen Ziel einer europäischen Friedensordnung erfordert in allen drei Bereichen neue außenpolitische Initiativen:

- im Verhältnis der westeuropäischen Staaten zu den USA durch eine Reform der NATO bei einer gleichzeitigen Europäisierung der Sicherheitspolitik;
- im Verhältnis der westeuropäischen Staaten zu den Staaten Osteuropas mit dem Ziel eines Abbaus der Ost-West-Blockkonfrontation und
- im Verhältnis der westeuropäischen Staaten zu den Staaten der Dritten Welt durch eine engere Zusammenarbeit mit anderen Regionen mit dem langfristigen Ziel einer Entwicklungspartnerschaft.

Während der Harmel-Bericht Sicherheit als Ergebnis verteidigungspolitischer und entspannungspolitischer Bemühungen versteht, sollen hier eine Politik der Europäisierung der Sicherheitspolitik, der blockübergreifenden Sicherheitspartnerschaft und der interregionalen Kooperation im Bereich der globalen Entwicklungs- und Friedenspolitik als kurz- und mittelfristig realisierbare Säulen einer Friedenspolitik eingeführt werden, die sich an dem langfristigen Ziel einer europäischen Friedensordnung orientiert.

Diese langfristige Vision einer europäischen Friedensordnung als ein stabiles Fundament zur Neutralisierung der Blockkonfrontation bzw. zu deren Überwindung kann durch drei politische Bewegungen forciert werden: die alte europäische Bewegung, die neue europäische Friedensbewegung und die zahlreichen entwicklungspolitischen Gruppen. Den globalen Organisationen der Arbeiterbewegung: den Gewerkschaften und den Mitgliedern der Sozialistischen Internationale kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

#### Drei Säulen einer europäischen Friedensordnung -Die erste Säule: Europäisierung der Sicherheitspolitik

Die Befürworter eines europäischen Entscheidungszentrums innerhalb der NATO verbinden damit unterschiedliche Modelle:

- das Modell einer engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik (Achse Paris-Bonn);
- das Modell einer engen trilateralen sicherheitspolitischen Kooperation zwischen Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik, dem einige britische und französische Beamte zuneigen (Direktorium);
- das Modell der großen Vier, das Sympathisanten im Auswärtigen Amt in Bonn besitzt und das Italien mit einbezieht;
- das WETJ-Modell, das von einigen Franzosen favorisiert, von Deutschen und Briten aber skeptisch beurteilt wird;
- das Modell der rüstungspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der

- Eurogroup (ohne Frankreich) oder Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG);
- das Modell einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als europäische Säule der NATO (General Birnstiel);
  - das Modell der Behandlung der politischen und wirtschaftlichen Aspekte der europäischen und der globalen Sicherheitsprobleme im Rahmen der EPZ;
  - das Modell einer westeuropäischen strategischen Identität bzw. einer westeuropäischen Militärallianz innerhalb der NATO (H. Bull), die mit den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft übereinstimmt.

Aufgabe des Europäischen Parlaments müßte es in der nächsten Legislaturperiode sein, einer isolierten Behandlung der Sicherheitspolitik entgegenzutreten (z. B. der industrie- und handelspolitischen Aspekte). Vielmehr sollten alle strategischen, rüstungskontroll-, entspannungs- und entwicklungspolitischen Aspekte berücksichtigt werden. Bei der Behandlung der Fragen einer Rüstungskooperation müssen stets die strategische Einbettung neuer Waffensysteme und deren voraussichtliche entspannungs- und rüstungskontrollpolitische Konsequenzen mit bedacht werden.

#### Die zweite Säule: Von der Entspannungspolitik zu einer Sicherheitspartnerschaft

Mehr als ein Jahrzehnt der politischen Entspannung zwischen Ost und West in Europa hat zwar den Rüstungswettlauf nicht behindert. Zugleich wurde aber die Strategie der Kriegsverhütung durch Abschreckung durch ein Netz blockübergreifender bilateraler und multilateraler Kooperation im Rahmen des KSZE-Prozesses ergänzt. Die Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlich-technologischen und in zahlreichen anderen funktionalen Bereichen hat durch eine zunehmende wechselseitige Abhängigkeit den Preis für eine Aggression in Europa politisch angehoben. Kooperationsprämien im ökonomischen Bereich dienen bereits als Schranken für den Einsatz militärischer Mittel.

Aufgabe der Außenpolitik der westeuropäischen Staaten in den achtziger Jahren muß es sein, die Erfolge der Entspannungspolitik zwischen den beiden rivalisierenden Blöcken zu bewahren und schrittweise eine Sicherheitspartnerschaft durch blockübergreifende Sicherheitsvereinbarungen aufzubauen. Vornehmliches Ziel einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West ist es, Vertrauen zu bilden, ohne das es keine Abrüstung geben kann, und Sicherheit so zu gewährleisten, daß sich Vertrauen bilden kann durch Senkung der Kriegswahrscheinlichkeit und durch die Beseitigung von Präemptionszwängen.

Sicherheitspartnerschaft erfordert einen Kodex der Selbstbeschränkung, eine Zurückhaltung bei der politischen Propaganda und einen Verzicht, zeitweilige Schwächen der anderen Seite machtpolitisch bzw. propagandistisch auszunutzen. Neben dem Streben nach Vertrauensbildung im politischen, militärischen und ökonomischen Bereich sind neue sicherheitspolitische Konzeptionen notwendig, die sich an dem Ziel einer gemeinsamen Sicherheit und einer „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ orientieren, und rüstungskontrollpolitische Konzepte erforderlich, welche einer weiteren DeStabilisierung des Abschreckungssystems entgegenwirken und durch eine Strategie der politisch-ökonomischen Ressourcensicherung im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft zur Konfliktlösung in der Dritten Welt und zur Vermeidung eines Sarajewo-Effekts beitragen.

### Die dritte Säule: Von der interregionalen Kooperation zur Entwicklungspartnerschaft

Ausgangspunkt für die südpolitische Perspektive ist die Frage, wie eine kriegerische Entladung des Nord-Süd-Konfliktpotentials und ein Übergreifen auf Europa (Sarajewo-Effekt) vermieden und zugleich ein Beitrag zur Lösung der zentralen Herausforderung der Menschheit: Unterentwicklung, Bevölkerungsexplosion und Militarisierung geleistet werden kann. Die Perspektive einer interregionalen Kooperation zwischen Westeuropa und ausgewählten Regionen der Dritten Welt geht von der Suche nach gemeinsamen Interessen und von deren Realisierung mit politischen und ökonomischen Mitteln aus. Voraussetzung für eine interregionale Zusammenarbeit ist eine regionale Kooperation im wirtschaftlichen, politischen und möglicherweise auch im sicherheitspolitischen Bereich in anderen Regionen der Welt, mit dem Ziel Stabilität und Zusammenarbeit ohne äußere Einmischung zu erreichen. Eine interregionale Kooperation erhöht den Handlungsspielraum vor allem der kleineren Staaten und macht sie weniger vom Druck einer Supermacht oder mächtiger multinationaler Unternehmen abhängig. Die Zusammenarbeit zwischen den ASEAN-Staaten, zu denen Thailand, Singapur, Indonesien, die Philippinen und Malaysia gehören, und der Europäischen Gemeinschaft hat sich seit 1972 positiv entwickelt.

Nur bescheidene Ergebnisse erbrachte dagegen der Euro-Arabische Dialog seit 1973. Die hohen Erwartungen der arabischen Staaten sowohl im politischen Bereich (Anerkennung der PLO, kritischere Haltung der Europäer gegenüber Israel) als auch im wirtschaftlichen Sektor konnten bisher nicht eingelöst werden. Seit Anfang der 1970er Jahre unterhält die Europäische Gemeinschaft Beziehungen mit einigen regionalen Organisationen in Lateinamerika, wie z.B. mit dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem (SELA).

Das Interesse der lateinamerikanischen Staaten an einer Überwindung der einseitigen wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von den USA durch eine wirtschaftliche Diversifizierung dürfte dem Interesse der Westeuropäer nach einer Erhaltung und Erweiterung ihrer politischen und ökonomischen Autonomie entgegenkommen. Wenn die Westeuropäer bereit sind, auf interregionaler Ebene dem Interesse der Staaten Lateinamerikas nach einer Stabilisierung ihrer Exporterlöse und nach der Öffnung ihrer Märkte für deren Halbfertigprodukte entgegenzukommen, dürfte dem europäischen Interesse nach einer längerfristigen Rohstoffsicherung und nach der Öffnung neuer Märkte kaum noch Widerstände entgegenstehen.

Das Modell der interregionalen Zusammenarbeit setzt ein hohes Maß an Einigkeit der Mitglieder der beiden regionalen Staatengruppen voraus. Ohne eine politische Lösung von Konflikten innerhalb einer Region der Dritten Welt dürfte dieses Modell jedoch nur bescheidene Erfolgsaussichten haben. Diese Form der engeren Zusammenarbeit prämiert das Streben nach Einigkeit der Staaten der Dritten Welt, es setzt auf eine längerfristige Strategie der Ökonomisierung statt auf eine kurzfristige profitable Politik der Militarisierung durch den ungezügelter Export von Rüstungsgütern. Im Rahmen einer interregionalen Kooperation mit dem Ziel einer politischen und wirtschaftlichen Vertrauensbildung kann zugleich auch ein Beitrag zur Konfliktlösung innerhalb der beiden Regionen geleistet werden. Durch eine Strategie der wirtschaftlichen Vertrauensbildung kann die Zusammenarbeit der Westeuropäer mit den Staaten anderer Regionen in der Dritten Welt zu einer Entwicklungspartnerschaft erweitert werden.

Die interregionale Kooperation darf sich jedoch nicht auf die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und Bürokratien beschränken. Sie muß begleitet werden durch einen engeren kulturellen Austausch zwischen den beiden Regionen und durch eine engere Zusammenarbeit z. B. der europäischen Gewerkschaften oder der Friedensbewegung mit den Organisationen der Arbeiterbewegung in Lateinamerika.

Alle drei längerfristige friedenspolitische Perspektiven: Europäisierung der Sicherheitspolitik, von der Entspannung zur Sicherheitspartnerschaft und von der interregionalen Kooperation zur Entwicklungspartnerschaft sind nicht ohne Risiken. Alle drei setzen die Bereitschaft zu wirtschaftlichen Opfern und zu einer vorausschauenden Anpassung und Umstrukturierung unserer Wirtschaft voraus. Eine Weiterentwicklung der drei Säulen einer stabilen und gerechten Friedensordnung in Europa erscheint dringend geboten. Die wirtschaftlichen Opfer und Risiken sind jedoch gering im Verhältnis zu dem Risiko einer ungewollten militärischen Eskalation eines regionalen Konflikts in der

Dritten Welt zu einem konventionellen, chemischen oder nuklearen Krieg in Europa.

### Schlußfolgerungen: Der mögliche Beitrag des europäischen Parlaments zur Schaffung einer europäischen Friedensordnung

Das neu gewählte Europäische Parlament kann einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Kluft zwischen der neuen unabhängigen Friedensbewegung und der Europäischen Gemeinschaft leisten, indem es

- sein friedens- und sicherheitspolitisches Engagement erweitert und
- inhaltliche Initiativen durch Berichte und Entschließungsanträge mit dem Ziel einbringt, die drei Säulen einer europäischen Friedensordnung: Europäisierung der Sicherheitspolitik, Sicherheits- und Entwicklungspartnerschaft weiterzuentwickeln.

Ungeachtet der begrenzten außenpolitischen und der fehlenden sicherheits- und vor allem militärpolitischen Kompetenzen hat sich das Europäische Parlament seit der ersten Direktwahl mit zahlreichen friedens- und sicherheitspolitischen Problemen in Entschließungsanträgen und Berichten im Politischen Ausschuß und im Plenum beschäftigt. Der von Vertretern aller großen politischen Strömungen angenommene Haagerup-Bericht vom Januar 1983 bietet eine vorsichtig ausbalancierte Momentaufnahme. Dem Europäischen Parlament ist es jedoch bisher nur unzureichend gelungen, ein breiteres Interesse der Öffentlichkeit und der Medien zu wecken. Zu einer friedens- und sicherheitspolitischen Debatte, in der sich die Zukunftsängste und die Sorgen vieler Bürger, die zum Entstehen einer grenzübergreifenden europäischen Friedensbewegung beitragen, wiederfinden können, kam es bisher nicht. Nach der Neuwahl sollte das Europäische Parlament diesen Dialog suchen, die Sorgen der Friedensbewegung aufgreifen und eine perspektivische Diskussion über die Schaffung einer europäischen Friedensordnung einleiten. Hierzu wird u. a. vorgeschlagen: Das Europäische Parlament sollte schrittweise seine Informationsmöglichkeiten in diesem Bereich erweitern und sich zu einem Forum der europäischen friedenspolitischen Diskussion und damit zu einem Hoffnungsträger für die Sorgen der Europäer entwickeln. Durch einen informellen Meinungs austausch sollte das Europäische Parlament seine Mitwirkungsmöglichkeiten in den anderen internationalen parlamentarischen Vertretungen erhöhen: im Europa-Rat, in der WEU-Versammlung und in der Nordatlantischen Versammlung und zugleich einen Beobachterstatus bei der KSZE und bei der Konferenz über Abrüstung in Europa anstreben. Schließlich sollte das Europäische Parlament das Instrument der interparlamentarischen Delegationen auf bilateraler und interregionaler Ebene verstärkt nutzen und dadurch einen interkulturellen Dialog auf wissenschaftlicher und künstlerischer Ebene fördern.